

## Sozialstaat von morgen?

Die marxistische Linke tue sich schwer mit »positiven Strategieentwürfen« zur Überwindung der »Krise des Sozialstaates«. Mit Appellen zur Verhinderung von Sozialstaatsabbau und zur Sicherung des Status quo, wie sie von Gewerkschaftsseite zu vernehmen seien, ließe sich kein perspektivischer Ausweg aus dieser Krise finden. Doch auch Vorschläge zu einer Neugewichtung der Bereiche außerhalb der Erwerbsarbeit (»unter gewerkschaftlicher Kontrolle«), eine »Politik der Opfer«, wie sie von Teilen der Linken vertreten werden, trügen nicht weiter. »Beide Strategien, die sich zwar zu Recht gegen die wiedererstarkte »Marktorthodoxie« der bürgerlichen Kräfte wenden, gehen an den Wurzeln der gegenwärtigen Misere vorbei«. Im Kern gelten diese Sätze aus dem Editorial von Prokla 49 — »Sozialstaat in der Zerreißprobe — Perspektiven für die Frauen« — auch noch für die zweite Hälfte der achtziger Jahre. Die größte Oppositionspartei der Republik hat bis heute für das abgewirtschaftete Rezept des keynesianisch strukturierten Sozialstaates keinen Ersatz gefunden. »Man muß bedenken«, so Willy Brandt im Oktober dieses Jahres in der »taz«, »daß die Diskussion beginnt zu einem Zeitpunkt, wo wir alle noch unter dem Eindruck des Generalangriffs der Reagans und Thatchers gegen den Sozialstaat stehen«. Geht man großzügig darüber hinweg, daß der Sozialstaatsabbau bereits vor der bürgerlich-konservativen Regierungsübernahme in Gestalt diverser Sparoperationen eingesetzt hat, dann bleibt als Erfolg der CDU-CSU-FDP-Koalition festzuhalten, daß es ihr trotz der ungebrochen rhetorischen Einsprüche der Gewerkschaften — und seit 1983 auch der Sozialdemokratie — gelungen ist, die »Gürtel-enger-Schnallen-Politik« weiterzuführen und ihr darüber hinaus einen »sozialen Sinn« zu verleihen, der die Spaltungslinien zwischen produktivistischem Kern und den »Versorgungsklassen« noch verstärkt. Allein die »Haushaltsoperationen« zwischen 1982 und 1984 entzogen dem System der sozialen Sicherheit ca. 210 Milliarden DM. Der von der sozialliberalen Koalition eingeleitete »Generalangriff« wurde seitdem konsequent fortgesetzt. Zu beobachten ist allerdings auch, daß das aus der neokonservativen Sozialstaatskritik der Oppositionsphase resultierende sozialstaatliche Projekt — Abbau der die »Klientel« entmündigenden Bürokratie; Stärkung der Familie als Auffangstelle gesellschaftlich verschuldeter Problemlagen; Verringerung der monetären Leistungen; Forcierung von Selbsthilfekoncepten — heute noch keineswegs verwirklicht ist. Politische wie systemische Grenzen des Abbaus an Sozialstaatlichkeit haben (bislang?) eine beschleunigtere Gangart verhindert. Der Sozialstaatsabbau erinnert in manchem dem Wettlauf zwischen Igel und Hase: Jede Leistungskürzung ist im Zuge der Beschäftigungs- und Akkumulationskrise mit einer Ausweitung der Zahl von Leistungsempfängern verbunden, so daß in der Summe das Leistungsvolumen konstant bleibt oder sogar noch weiter wächst. Daß selbst eine rüdere Gangart im Stile der Chicago-Boys nicht sofort zu den angestrebten Erfolgen führt, zeigt der Beitrag von *Ute Wachendorfer* am Beispiel des Großangriffs lateinamerikanischer autoritärer Systeme auf den Sozialstaat.

Und dennoch: Mehr als Anfänge wurden in den letzten Jahren in der Bundesrepublik bereits eingeleitet. Ulrich Mückenberger hat in der letzten Ausgabe der PROKLA herausgearbeitet, wie die neuere sozialpolitische Gesetzgebung die aus der Sphäre kapitalistischer Produktion herrührende Erosion des Normalarbeitsverhältnisses absichert und legitimiert und so die auf die Erwerbsarbeit fixierten Sozialstaatsstrukturen den neuen Gegebenheiten kapitalistischer Produktion anpaßt.

Georg Vobruba hat jüngst darauf hingewiesen, daß für die neokonservative Sozialstaatspolitik zugleich eine Thematisierungs- wie eine Dethematisierungsstrategie charakteristisch sei: »Die Thematisierungsleistung besteht darin, die Ursachen der gegenwärtigen Probleme sozialer Sicherung als »hausgemacht«, also: endogen erzeugt, zu präsentieren. Die Dethematisierungsleistung besteht — komplementär — darin, die Abhängigkeit des Systems sozialer Sicherung von vorgelagerten Politikfeldern auszublenden; vor allem von der Beschäftigungspolitik und der Arbeitszeitpolitik, die auf das System sozialer Sicherung mehr oder weniger Probleme zukommen lassen können bzw. von der Finanzpolitik, die das System auf mehr oder weniger solide Grundlagen stellen kann«. Mit seinem nachfolgenden Vorschlag allerdings, deshalb zuerst von dem Sozialstaat in der Krise und erst dann von der Krise des Sozialstaates zu sprechen, geht Vobruba der terminologischen wie politischen Entkoppelungsstrategie der Konservativen auf den Leim. Mehr noch: Eine solche Dissoziation von Problemlagen blendet den engen Zusammenhang zwischen Ab- und Umbau des Sozialstaates auf der einen und veränderten Arbeits- und Verwertungsbedingungen auf der anderen Seite aus. In der politischen Auseinandersetzung öffnet sie das Tor für die neokonservative Offensive noch weiter. Die Themen »Sozialstaat in der Krise« und »Krise des Sozialstaates« sind im Transformationsprozeß der achtziger Jahre so eng miteinander verwoben, daß jeder konzeptionelle Vorstoß für einen »anderen« Sozialstaat ins Leere geht, der nur eine Seite der Medaille thematisiert oder beide Seiten künstlich zu trennen versucht. In dieser notwendigen Verknüpfung liegt gerade die Schwierigkeit, aber auch die perspektivische Chance eines linken Sozialstaatsprojekts. Neben einem Gutteil sozialer und politischer Phantasie erfordert die Entwicklung und Ausformung einer neuen Form von Sozialstaatlichkeit verstärkte theoretische Anstrengungen und den Beginn einer über bloße Abwehrkämpfe und tagespolitische Fragen hinausgehenden breiten Debatte. Mit dem Beitrag von *Bob Jessop* stellen wir einen Theoriezugang zur Diskussion, der, basierend auf dem Regulationsansatz, den Zusammenhang zwischen Produktions- und Arbeitspolitik auf der betrieblichen Ebene, Akkumulationsregime und Sozialstaat auf den Begriff zu bringen versucht.

Noch einmal ist auf die eingangs zitierten Feststellungen des Editorials von PROKLA 49 zurückzukommen. Der Text wurde ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl 1983 abgefaßt. Kurz danach konnten die GRÜNEN in den Bundestag einziehen. Obwohl die Fragen der Sozialpolitik und des Sozialstaates nicht von vornherein zum Themenkatalog dieser Partei gehörten, ist es doch mit ihr Verdienst, daß der im sozialwissenschaftlichen — bei den Monetaristen Friedmanscher Prägung — aufgegriffene Gedanke eines Mindesteinkommens ins Zentrum eines alternativen Sozialstaatsprojekts rückte. Mittlerweile läßt sich mit den publizierten Diskussionen um dieses Konzept bequem ein Bücherbord füllen. *Frank Mußmann* hat in seinem Beitrag die schwierige Aufgabe übernommen, Ordnung in die Vielfalt zu bringen und die Schwächen und Stärken der Beiträge herauszuarbeiten. Die von ihm kritisierte politische Überfrachtung dieses Konzeptes — manchesmal hinterbleibt der Eindruck, die lang erhoffte, aber nicht absehbare politische Revolution soll auf dem parlamentarisch-gesetzgeberischen Wege nachgeholt werden — dürfte auch in der Hoffnung vieler Diskutanten begründet sein, mit diesem Konzept den Stein der Weisen gefunden zu haben, der gesamtgesellschaftliche Entwürfe erübrigt. Und dennoch verkörpert die Idee des Mindesteinkommens mit ihrem strategischem Kern einer »Entkoppelung von Arbeit und Essen« nahezu das einzige perspektivische Konzept einer Überwindung überkommener Sozialstaatsstrukturen in der parteipolitischen Landschaft, das den absehbaren Entwicklungen der neunziger Jahre Rechnung tragen könnte.

Die Vorstellung eines »anderen« Sozialstaats löst sich nicht im Konzept eines Mindesteinkommens auf. Jeder Form von Sozialstaatlichkeit entspricht zugleich auch ein Typus von Steuerstaat, ein spezifischer Modus also, Ressourcen aus dem privaten Sektor abzuschöpfen. Nahezu jede Legislaturperiode der Nachkriegszeit kennt die Ankündigung »großer Steuerreformen«. Für die nächste Regierungsperiode wurde denn auch von Bundesfinanzminister Stoltenberg eine »weitreichende Steuerreform« angekündigt, deren Kern die Entlastung bei den Einkommen- und Unternehmenssteuern sowie eine gründliche Veränderung der Körperschaftsteuer darstellt. Grundsätzliche konzeptionelle Gegenentwürfe, die sich auf die Vision einer ökologisch strukturierten Gesellschaft gründen, finden sich bislang allein bei den GRÜNEN. Gerade auf diesem Feld macht sich die Geschichtsvergessenheit der Sozialdemokratie besonders bemerkbar. Der Aufsatz von *Michael Krätke* vermag jedenfalls überzeugend nachzuzeichnen, wieviel Phantasie die Sozialdemokratie, aber auch die weitere marxistische Linke, vor allem während der zwanziger Jahre aufgebracht hat, um mittels steuerpolitischer Maßnahmen eine andere gesellschaftliche Entwicklungsdynamik einzuleiten. Sicher: Patentrezepte für die restlichen achtziger und die neunziger Jahre lassen sich dabei nicht finden. In Erinnerung rufen solche wissenschaftlichen Bergungsarbeiten allerdings, daß die Probleme von Sozial- und Steuerstaat nicht vorrangig technische Fragen der Instrumente sind, sondern daß bereits die *Definition* sozialpolitischer Probleme gesellschaftlich umkämpft sind und dies wohl auch bleiben werden. Die institutionalisierte Arbeiterbewegung hat dazu beigetragen, den Spielraum normativer Ansprüchlichkeiten der liberalen Demokratie um soziale Rechte zu erweitern. Daß die Marxsche Kapitalismustheorie zu dieser sozialetischen Tradition in einer eigenartigen, jedoch produktiven Spannung steht, versucht der Beitrag von *Otto Kallscheuer* aufzuzeigen: Neben funktionalistischen (»meta-ethischen«) Elementen einer unhaltbaren Moralkritik findet er bei Marx auch Hinweise auf Gehalte und »Wohlfahrtsgüter« gesellschaftlicher Gerechtigkeit, die seiner Meinung nach gerade heute auch zu einem produktiven Ausweg aus der Krise sozialer Wohlfahrtsmodelle beitragen könnten. Daß der Klassiker Marx trotz seines langen Bartes — unter heutigen Fragestellungen gelesen — erstaunlich lebendige Widersprüche und Widerhaken in die Debatte zu werfen vermag, zeigt sich auch, wie wir meinen, nach der Krise des Marxismus. Auch der Beitrag von *Michael Heinrich* (außerhalb des Heftschwerpunkts) steht in diesem Kontext. Wir werden auch in Zukunft versuchen, den Gesprächsfaden zu Herrn Dr. Marx (London) nicht ganz abreißen zu lassen.

Sozialstaat von morgen? Mit den Beiträgen dieses Heftes sind wir weit entfernt, auf diese Frage definitive Antworten geben zu können. Allerdings meinen wir auch weiter zu sein als noch gestern: Die Diskussion um den Sozialstaat hat die Schwelle bloßer Abwehrkämpfe gegen die neokonservativen Pläne überschritten. Diesen Weg gilt es forciert weiterzubeschreiten. Die Wahlen im Januar 1987 sind dabei zwar nur eine kleine Etappe, bei denen aber auch darüber entschieden wird, ob perspektivische Fragen einer anderen gesellschaftlichen Entwicklungslinien und damit verknüpfter gesellschaftlicher Institutionen weiterhin im Parlament vertreten sein werden oder nicht.

*Die Redaktion*